

Ustascha-Treffen hat Nachspiel im Nationalrat
SPÖ-Fraktion stellte einen Antrag auf Änderung des Abzeichengesetzes. Anklagen nach heurigem Treffen.

Bleiburg, Wien - Das Gedenktreffen am Loibacher Feld in Bleiburg/Pliberk findet schon seit dem Jahr 1951 statt. So viel politische und mediale Aufmerksamkeit wie heuer, wurde der Veranstaltung bisher noch nie zuteil. Das Treffen sei zu einem Sammelpunkt für Neo-Faschisten aus ganz Europa geworden, sagen Kritiker. 11.000 Teilnehmer waren heuer mit dabei.

Die im Vorfeld befürchteten rechtsextremen Vorfälle blieben beim Treffen vor einer Woche dann auch nicht aus. Wie berichtet, wurden sechs Personen in Untersuchungshaft genommen. Fünf von ihnen haben die Hand zum Hitlergruß erhoben, der sechste Verhaftete hat einen SS-Totenkopf getragen. In einer Woche steht die Haftprüfung an. Die ersten Anklageschriften wurden bereits fertiggestellt.

Die SPÖ-Fraktion im Nationalrat brachte aus Anlass der erneuten Vorfälle eine Änderung des Abzeichengesetzes und einen dementsprechenden Antrag ein. „Wenn es um faschistische Symbole geht, die ihren Ursprung im Ausland haben, stößt das aktuelle Gesetz an seine Grenzen“, heißt es im Antrag der Abgeordneten Andreas Schieder, Klubobmann, Sabine Schatz, Sprecherin für Gedenkkultur, und des Kärntner Nationalratsabgeordneten Philip Kucher. Das alljährliche Treffen in Bleiburg würde diese Problematik bereits seit Jahren verdeutlichen. Das Tragen von Symbolen der Ustascha, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Wehrmacht kämpften, könne auf keiner aktuell bestehenden Gesetzesgrundlage verhindert werden.

Markus Sebestyen für die "Kleine Zeitung" am 23.Mai 2018, S.18.